

Sozialpass

in Luckenwalde -
Bilanz und Ausblick der Stadtfraktion

Seite 3

Sozialticket

im Kreis Teltow-Fläming beschlossen,
damit Senkung der Fahrkosten

Seite 5

Sozialfall

Altersversorgung in Deutschland -
gerecht oder?

Seite 6

DIE LINKE. AKTUELL

15. Jahrgang, 154. Ausgabe, Januar 2008

Kreisverband und Kreistagsfraktion Teltow-Fläming

Eine Schule für alle

Die erste Bildungspolitische Konferenz der LINKEN hat Zeichen für die bildungspolitische Debatte in Deutschland gesetzt.

Mit einer profunden Kritik der Situation des Bildungssystems und der Auseinandersetzung mit den zunehmenden Privatisierungstendenzen rechnete DIE LINKE mit jahrzehntelangen Versäumnissen und aktuellen Versuchen, die Bildungslandschaft weiter marktkonform umzugestalten und betriebswirtschaftlichen Maßstäben unterzuordnen, gründlich ab. Die etwa 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer waren sich einig, dass es in Deutschland besserer Bildung für alle bedarf. Sie gehen davon aus, dass Bildung ein Menschenrecht ist und darum alle Bildungsangebote für alle zugänglich sein müssen. Bildung ist keine Ware.

Das gegliederte Schulsystem in Deutschland und die fortschreitende Privatisierung im Bildungswesen führen dazu, dass immer mehr Menschen vom gleichberechtigten Zugang zu Bildung ausgeschlossen bleiben. Diesen Zustand will DIE LINKE verändern, und sie fordert daher in ihrer Abschlusserklärung nicht nur mehr Geld für die Bildung von der KITA bis zur Weiterbildung, sondern auch eine Gemeinschaftsschule, die alle Kinder individuell fördert und zum höchstmöglichen Bildungsabschluss führt, und entschiedene Maßnahmen gegen Kinderarmut. Kritik gab es an den Vorhaben einiger Länder, mit einem so-

genannten zweigliedrigen Schulsystem die Probleme wieder kaschieren zu wollen. Zweigliedrigkeit sei eine Mogelpackung, die in ihrer Konsequenz nicht zu mehr Chancengleichheit in der Bildung führen wird. Die Konferenz sprach sich gegen Studiengebühren aus und forderte einen beitragsfreien Zugang zu allen Bildungsangeboten.

ReferentInnen aus Wissenschaft, Gewerkschaften und Verbänden machten deutlich, dass sie hohe Erwartun-



gen an die neugegründete Partei DIE LINKE haben. Es geht darum, in die gesellschaftliche Debatte um notwendige Reformen im Bildungssystem mit den eigenen inhaltlichen Vorstellungen einzugreifen. Nicht große Sprüche werden erwartet, wie sie in anderen Parteien derzeit geradezu inflationär verwendet werden, sondern die feste Entschlossenheit und die Fähigkeit zu konkreten Veränderungen. Auf der Konferenz wurde ein Aufruf verabschiedet, endlich in allen Bundesländern ein bedarfsgerechtes Netz an

Kindereinrichtungen für Kinder vom ersten Lebensjahr an zu entwickeln.

Dabei geht es darum, für alle Kinder einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz zu sichern. Bildung im frühen Kindesalter kann helfen, der sozialen Benachteiligung entgegenzuwirken und für alle Kinder gleiche Bildungschancen zu eröffnen.

Darum wird DIE LINKE im Rahmen einer Kampagne in den Ländern, Kreisen und Kommunen konkrete Forderungen stellen und Vorschläge machen.

Den Abschluss des ersten Konferenztages bildete die Neugründung einer BAG Bildungspolitik, an der 14 Landesverbände beteiligt waren. Neben Gerrit Große, Bildungssprecherin der LINKEN im brandenburgischen Landtag, vertreten der Hamburger Horst Bethge

und Marc Mulia aus Nordrhein-Westfalen die BAG nach außen. Aufgabe des Gremiums ist es, die einzelnen Landesarbeitsgemeinschaften zu vernetzen, aber auch eigene bundespolitische Initiativen zu entfalten.

Mit der ersten Bildungspolitischen Konferenz hat DIE LINKE eine gute Grundlage, um in den Ländern bildungspolitisch zu agieren und mit anderen Partnerinnen und Partnern gemeinsam für eine grundlegende Bildungsreform zu wirken.

Maritta Böttcher



Mammutsitzung des Kreistages

Die letzte Kreistagssitzung im Jahr 2007 kann durchaus als eine der längsten bezeichnet werden. Es mussten 32 Tagesordnungspunkte abgearbeitet werden. Leider wurde in der Märkischen Allgemeinen Zeitung nicht annähernd über die teilweise bemerkenswerten Inhalte berichtet. Es ist für mich regelrecht erschütternd, in der Zeitung eine Berichterstattung zu lesen, bei der ich mich frage, ob ich als Kreistagsabgeordneter auf einer anderen Sitzung war.

Einen breiten Raum nahmen die Berichterstattung und die Anfragen zu der **Hartz-IV-Problematik** ein.

Es begann damit, dass Bürger vor der Kreisverwaltung demonstrierten, um auf die soziale Lage der Betroffenen aufmerksam zu machen. Bei der Einwohnerfragestunde, die sich mit dieser Problematik beschäftigte, wurden, hatte ich den Eindruck, die Antworten vom Landrat sehr „von oben herab“ gegeben. Man kann doch nun wirklich nicht erwarten, dass Bürger ausgefeilte Fragen stellen. Noch schlimmer mutete die Berichterstattung der Geschäftsführerin der Arge zur Umsetzung der Hartz-IV-Reform an. Die Abgeordneten wurden wie immer mit Zahlen bombardiert, die nachweisen sollten, dass der Kreis Teltow-Fläming bei der Senkung der Arbeitslosigkeit in Brandenburg Spitze ist. Dabei lag der Teufel im Detail. Infolge der höheren Anzahl an Ein-Euro-Jobs, Maßnahmen für Jugendliche u.a. sollte statistisch nachgewiesen werden, dass die Arbeitslosigkeit gesenkt worden war. Viele neue Beschäftigungsverhältnisse können nur mit Aufstockungszahlungen durch die Arge betrieben werden. Mit der Bereinigung solcher Maßnahmen ist die Arbeitslosigkeit sogar noch gestiegen. Natürlich ist es sicher für den Einzelnen wichtig, arbeiten zu können, aber so ein Ein-Euro-Job stellt keinen Einstieg in die normale Arbeitswelt dar.

Die Problematik der Sicherung des Lebensunterhalts (wohl besser Überlebensunterhalts) bescherte dem Kreistag über 54 (!) Anfragen, die wohl eher nachwies, dass die chaotische Arbeitsweise in der Arge fortbesteht. Zur Ehrenrettung der dort tätigen Mitarbeiter sei gesagt, dass ein schlechtes Gesetz durch keine noch so engagierte Arbeit besser wird.

Über die Notwendigkeit, die enorme Belastung der Bedürftigen zu mindern, ging es auch bei einem gemeinsamen Beschlussvorschlag der Koalitionsparteien (SPD, CDU, FDP/BB und BV), die Fahrtkosten im ÖPNV für Empfänger von Leistungen nach SGB II einschließlich Sozialgeld und SGB XII um 50 Prozent mittels **Sozialtickets** zu senken.

Dieser Beschlussvorschlag, der einstimmig angenommen wurde, hat eine Vorgeschichte. Er beruht auf der seit Jahren von den LINKEN verfolgten Politik über die Einführung eines Sozialpasses. Seitdem unsere Fraktion das Thema Sozialpass beantragt hatte, gab es seitens der Kreisverwaltung immer wieder Ablehnungen. Die Gründe reichten über die Nichtbezahlbarkeit bis hin zu Diffamierungen gegen DIE LINKE. Mit der Diskussion über soziale Gerechtigkeit, die die SPD wieder für sich entdeckt zu haben scheint, waren plötzlich die „sozialistischen Spinnereien“ machbar. Nun durften aber die Linken nicht in ihrer konsequenten Forderung recht behalten, deshalb wurde der Beschlussantrag ohne uns eingereicht. Unser Fraktionsvorsitzender, Jürgen Akuloff, wies darauf hin, dass das Sozialticket eine Fortschreibung unserer Forderung ist und unsere Forderungen, z.B. kostenloses Schulessen für sozial Schwache, kostenlose Schülerbeförderung und weitere Hilfen für Bedürftige, auf der Agenda stehen. Weil es eine starke LINKE nunmehr bundesweit gibt, kommt man eben nicht an uns vorbei. Wir werden

weiterhin die Regierenden daran messen, wie die Forderungen für mehr soziale Gerechtigkeit durchgesetzt werden.

Für mich ist es weiterhin nicht hinnehmbar, dass die **Gebühren für die Benutzung von Sporthallen**, die sich im kommunalen Eigentum befinden, wieder einmal erhöht werden. Es wird für einige Vereine, Bürger, insbesondere Kinder und Jugendliche, immer schwieriger, die Kosten zu tragen.

Zum Abschluss des öffentlichen Teils der Kreistagssitzung wurde auf der Grundlage der **Jahresrechnung 2006** der Landrat für die Haushalts- und Wirtschaftsführung 2006 entlastet. Bei aller Problematik in der Arbeit der Arge konnte dem Landrat eine solide Haushaltsarbeit bescheinigt werden. Allerdings gab es wiederum Probleme bei der Arge. Bei den Kosten für Unterkunft und Heizung, für die der Kreis verantwortlich ist, gab es auch im Jahr 2006 ungeklärte Ausgaben. Der Landrat wurde beauftragt, hier endlich Ordnung zu schaffen.

R. Haase

Kreistagsabgeordneter

China I

Zu einer Veranstaltung zum Thema „China im Wandel zur Weltmacht - Widersprüche und Rivalitäten“ wird am 17. Januar um 19.00 Uhr ins Bürgerhaus Dahlewitz geladen.

Es spricht Prof. Dr. Eike Kopf, Berater der chinesischen Regierung.<

China II

Am 19. Januar 2008 um 10.00 Uhr lädt der Deutsch - Chinesische Freundschaftsverein ein. Zu Gast ist der Militärattaché der chinesischen Botschaft.

Ort der Veranstaltung ist die Gaststätte „Kegelbahn“ in Ludwigsfelde. Der Freundschaftsverein hofft auf rege Beteiligung.<

Stadtverordnetenversammlung Luckenwalde, Fraktion DIE LINKE.

Bilanz und Ausblick – Stadtfraktion der LINKEN

Vielerorts finden in diesem Monat in unserem Landkreis Veranstaltungen statt, die das Jahr 2007 resümieren und Schwerpunkte für das Jahr 2008 festlegen. Und wenn man die kommunale Ebene betrachtet, wird das umso spannender, befinden wir uns doch heute schon fast im Kommunalwahljahr 2008. In einem Dreivierteljahr, am 28. September 2008, sind die Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, die Vertretungen auf Gemeinde-, Stadt- und Kreisebene zu wählen. Insofern erlangt die Thematik zur Bilanz und zum Ausblick der Arbeit der Stadtfraktion eine größere Bedeutung und reduziert sich nicht nur auf das Jahr 2007. Unsere Wahl-schwerpunkte waren:

- Für einen sparsamen und effektiven Umgang mit dem Geld der Bürger – stabile Kommunalfinanzen müssen her!
- Für mehr Arbeit und Beschäftigung, d.h. Sicherung der örtlichen Unternehmen
- Für Chancengleichheit und Lebensqualität – gegen soziale und kulturelle Verarmung
- Für die Entwicklung der Sport- und der Kulturstadt Luckenwalde.

Natürlich bestand ein großer Teil unseres Wirkens darin, entsprechend diesen Leitlinien die Arbeit der Verwaltung zu begleiten. Wir haben aber auch darüber hinaus versucht, mit eigenen Anträgen und Anfragen präsent zu sein.

Luckenwalder Sozialpass

Wichtigster Schwerpunkt dabei war die Ausfinanzierung des Sozialpasses in Luckenwalde, mit dem sozial Benachteiligten die Teilhabe an der sportlichen, kulturellen und sozialen Infrastruktur gesichert werden soll. Diese Initiative, damals noch die der PDS, wurde 1992 bereits auf den Weg gebracht. Ab 2007 hat dieser Sozialpass nun auch eine Klausel für einmalige Zuschüsse zur Einschulung und trägt mit dazu bei, diese besondere finanzielle Notsituati-

on – einer Einschulung - abmildern zu helfen und nicht gleich am ersten Tag der Erstklässler die soziale Stufenleiter betroffener Kinder erkennbar zu machen. Und stellt man die steigende Zahl der Passinhaber in Rechnung – 2005 hatte die Stadt für den Sozialpass noch 7.270 Euro ausgegeben, 2006 waren es bereits 15.294 Euro und im Jahr 2007 werden es voraussichtlich 33.000 Euro sein, dann kommt man ganz schnell zu dem Schluss, dass der von den Regierungen auf Landes- und Bundesebene ausgemachte wirtschaftliche Aufschwung bei diesen Betroffenen nicht angekommen ist. Deshalb lassen wir auch der Bürgermeisterin nicht durchgehen, dass, wenn Ausgaben bei Hoch- und Tiefbauarbeiten das ursprünglich beschlossene Limit übersteigen, schnell die Verwaltung einen Ausfinanzierungsvorschlag aus einer anderen Haushaltsstelle präsentiert – wie z.B. beim Multifunktionalen Gewerbehof. Übersteigt aber der Sozialpass das ursprüngliche Limit, schlägt die Verwaltung Kürzung vor. Deshalb verging fast nie ein Haushaltsjahr ohne Initiativen unsererseits den Sozialpass zu sichern bzw. auszufinanzieren. Für die Arbeit der zukünftigen Fraktion nach der Kommunalwahl wird deshalb dieser Schwerpunkt bestehen bleiben.

Sicherung der regionalen Unternehmen

Eine große Bedeutung für unsere Arbeit hatten auch Initiativen zur Sicherung der in der Region ansässigen Unternehmen und Handwerkerschaft. Die Unternehmensdaten vieler kleiner und mittelständischer Betriebe zeigen, dass hier mindestens ebenso enge Finanzrahmen gesetzt sind und die fehlende Eigenkapitalausstattung ihr Übriges tut. Wenn dann noch städtische Aufträge nach „draußen“ gehen, weil Ausschreibungskriterien, die die Fachverwaltung erlässt – wie z.B. die jährliche Ausschreibung von Reinigungs-

leistungen in Schulen und Kitas, eine Beteiligung ortsansässiger Unternehmen verhindert, findet das unsere Kritik. Denn oftmals wird mit Dumpingpreisen versucht, den Fuß in die Tür zu bekommen und Konkurrenten zu verdrängen. Auf der Strecke bleiben Luckenwalder bzw. Teltow-Fläminger, die ihre Arbeit verlieren oder mit fehlenden Lohnentwicklungen trotz steigender Kostenbelastung umgehen müssen. Gebühren und Beiträge müssen finanzierbar sein

Bei allem, was wir tun, ist der Geldbeutel der Bürgerinnen und Bürger zu bedenken. Sei es beim Ausbau von Straßen, beim Legen von Kanälen, bei der Mietentwicklung im kommunalen Wohnungsbestand oder allgemein bei Gebühren und Beiträgen. Das Thema Kanalanchlussbeiträge hat uns jüngst über Wochen begleitet. Unsere Meinung ist, dass keine Bürgerin, kein Bürger von seiner Scholle vertrieben werden darf, weil er Anschlussbeiträge nicht finanzieren kann. Und wenn man feststellt, dass trotz Klimawandels, Ressourcenschutzes, Wasserhaltevermögens auf kleinteilige Maßnahmen zur Abwasserentsorgung verzichtet wird und dafür große Leistungen in die Landschaft gelegt werden, um mit großem Kostenaufwand weit entfernte Ortschaften an die zentrale Abwasserbeseitigung anzuschließen, ist mehr als nur die Frage nach der Sinnhaftigkeit zu stellen. Mindestens auch die nach den Folgekosten, der demografischen Entwicklung und der Belastung für Grundstückseigentümer. Den Fixkosten bei der Wasseraufbereitung in zu großen Anlagen in Anbetracht des sinkenden Verbrauchs und auch der demografischen Entwicklung wird nicht mit dem Anschluss kleinster Ortschaften zu begegnen sein. Gefordert ist endlich eine Diskussion zum Rückbau von Anlagen und einer nachhaltigen Energie- und Wasserpolitik.

*Kornelia Wehlan
Fraktionsvorsitzende*

TRANSPARENT LINKE POLITIK IM LANDTAG

Die Landtagsabgeordnete Kornelia Wehlan zu aktuellen Themen:

Mobilität für alle

Gerade in einem Flächenland wie Brandenburg ist für viele Menschen der öffentliche Personennahverkehr unentbehrlich. Insbesondere sozial Schwache dürfen nicht vom gesellschaftlichen und kulturellen Leben ausgeschlossen werden. Deshalb fordert die DIE LINKE.-Fraktion im Brandenburger Landtag im Rahmen der Haushaltsdebatte die Einführung eines Sozialtickets. Dafür müssten aus dem Landeshaushalt jährlich ca. 5 Mio. Euro bereit gestellt werden.

SPD und CDU wollen aber das Sozialticket endgültig von der politischen Agenda des Landes streichen. Mit der abschließenden Haushalts-sitzung im Dezember sollte das besiegelt werden. Dabei haben die Koalitionsfraktionen aber übersehen, dass derzeit noch gar keine abschließende Entscheidung getroffen werden kann, weil noch eine Empfehlung für die Behandlung im Sozialausschuss für Anfang Januar vorliegt.

Von der CDU als „Partei der Mitte“ haben wir nichts anderes als Ablehnung erwartet. Aber die SPD hat eine wichtige Chance für mehr Sozialpolitik im Land verpasst, indem sie Tarifvergünstigungen im Sinne des Sozialtickets als „Angelegenheit der zuständigen Träger der Sozialhilfe“ deklariert.

Während für die rot-rote Koalition in Berlin das Sozialticket ein wichtiger Erfolg ist, sieht die Brandenburger Regierung keine Notwendigkeit dafür. Sie will die Verantwortung abwälzen und lässt Bedürftige im Regen stehen.

Mittagessen für alle Kinder

Jedes Kind sollte täglich ein warmes Mittagessen haben, das dem Anspruch an eine gesunde Ernährung gerecht wird. DIE LINKE. hat beantragt, aus dem Landeshaushalt einen Zuschuss in Höhe von zehn Millionen Euro pro

Jahr zur Verfügung zu stellen, denn für Familien, die auf Arbeitslosengeld II und Sozialgeld angewiesen sind, ist dieser Anspruch nur schwer zu realisieren. SPD und CDU sehen mittlerweile auch Handlungsbedarf. Aber tun sollen es andere. So verwies Sozialministerin Ziegler auf Entwicklungen beim Bund und ihre Partei-Kollegen im Haushaltsausschuss auf die Verantwortung der Kommunen.

Aus Sicht der LINKEN löst ein Zuschuss zum Mittagessen allein sicher nicht das Problem der wachsenden Kinderarmut. Aber es wäre ein besonders wirksamer Beitrag dazu.

Schülerbeförderung beitragsfrei und sicher

Seit 2003 sind die Landkreise und kreisfreien Städte Brandenburgs gezwungen, Elternbeiträge für die Schülerbeförderung zu erheben. DIE LINKE lehnt diese Regelung strikt ab und hat sowohl im Infrastrukturausschuss als auch im Haushaltsausschuss die Abschaffung der Elternbeiträge für die Schülerbeförderung gefordert.

Die Landesregierung sorgt mit zahlreichen Schulschließungen für immer längere Schulwege im Land und bestraft damit Familien in ländlichen Gebieten doppelt, denn längere Schulwege bedeuten hierzulande auch höhere Beiträge.

Die Regelung zu Elternbeiträgen für die Schülerbeförderung zeigt, wie wenig der Landesregierung am Schülerverkehr und damit an gleichwertigen Bedingungen für die Landesentwicklung liegt.

Die Forderung der LINKEN, die Sicherheit bei der Schülerbeförderung zu verbessern, um jedem Kind einen Sitzplatz mit Sicherheitsgurt zu garantieren, wurde vom Verkehrsminister aus Kostengründen abgelehnt. Es gibt seit drei Jahren eine Gurtpflicht in Reisebussen. Es ist deshalb nicht hin-



nehmbar, dass die Sicherheitsbestimmungen für die Schülerbeförderung hinter denen für Reisebusse zurückbleiben.

Existenzsichernde Arbeitsplätze

Auch in der diesjährigen Haushaltsdebatte hat DIE LINKE ihr Projekt der öffentlich geförderten Beschäftigung vorgeschlagen, mit dem etwa 10.000 Betroffene wieder in Arbeit gebracht werden könnten.

Die aktuelle Konjunktur erreicht bei Weitem nicht alle Arbeitssuchenden, am wenigsten die Langzeitarbeitslosen. Die Zahl der über 50-jährigen Arbeitslosen stagniert nun schon seit einem Vierteljahr bei rund 53 000 Betroffenen. Das sind ca. 30 % aller Arbeitslosen. Unser Vorschlag zur öffentlich geförderten Beschäftigung wurde im Fachausschuss abgelehnt. <

Wahlkreisbüro Kornelia Wehlan

Telefon u. Fax:

0 33 71 / 40 65 44

E-Mail-Adresse:

BueroLukWehlan@aol.com



Energiepreise

Was hat das mit Politik zu tun?

Am 05.12.2007 hatte die Kontaktstelle des „kommunalpolitischen forums“ zu einer interessanten Aussprache im Plenarsaal des Kreishauses eingeladen.

Im Rahmen der weiteren inhaltlichen Gesamtmitgliederversammlung des Stadtverbandes haben wir auch allen Mitgliedern und interessierten Bürgern diese Möglichkeit eingeräumt.

„Der Einfluss der Städtischen Betriebswerke auf die Energiepreise und die Daseinsfürsorge der Bürger der Stadt Luckenwalde“ war ein hoch spannendes und aktuelles Thema. Der Geschäftsführer, Herr Dr. Ulrich Engelmann, sprach vor einem sehr interessierten Kreis von Genossinnen und Genossen aus unserer Basisorganisation, aber auch vielen interessierten Bürgern. Hervorzuheben ist, dass die Aussprache und heiße Diskussion zur einleitenden Präsentation durch Dr. Engelmann von einer hohen Sachlichkeit, großem Interesse und erkennbarem lokalem Verantwortungsbewusstsein geprägt war.

Solche Fragen wie:

- Warum müssen Haushalte mit wenig Verbrauch mehr zahlen als Haushalte mit größerem Verbrauch?
- Wo liegen die Ursachen für die ständig steigenden Preise im Energiebereich und welchen Einfluss nimmt die Bundesregierung darauf?
- Was haben „erneuerbare Energien“ mit den Preisen von heute zu tun?
- Wie hoch ist der Eigenanteil der Städtischen Betriebswerke bei der Eigenproduktion von Energie und wie wirkt sich das auf den Preis aus?
- Haben „kleinere Anbieter“ wie die SBW zukünftig eine Chance in Deutschland?
- Welche Rolle spielen die SBW für Luckenwalde und warum können Jüterboger Bürger nicht Kunde werden?

Viele weitere Fragen wurden diskutiert bzw. Dr. Engelmann informierte, wie es 2008/2009 weitergeht. Diese Veranstaltung hat auf alle Fälle eine

weitere Erkenntnis gefestigt: Die große Koalition tut alles, um besonders auf dem Sektor Energie die „Großen“ zu stärken und die „Kleinen“ in Abhängigkeit zu treiben, die Kommunen weiter zu schwächen und den Bürger bezahlen zu lassen.

Wo bleibt die Landbevölkerung?

Bereits seit längerer Zeit befasst sich die Landesregierung mit der Landesentwicklungsplanung für Brandenburg. Der neueste Entwurf stammt vom 21. August 2007. Schon im Entwurf 2006 spielte die Landbevölkerung eine untergeordnete Rolle, wurde als „Mantelbevölkerung“ bezeichnet.

Der jetzige „Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg“ (Entwurf), kurz LEP B-B genannt, sieht ein „Zentrales-Orte-System“ vor, in dem es eine Hauptstadtregion, Oberzentren, Mittelzentren und Mittelzentren in Funktionsteilung gibt. Die Metropole ist Berlin, die Städte Brandenburg, Cottbus, Frankfurt/O. und Potsdam gelten als Oberzentren, die überregionale Bedeutung in den verschiedensten Bereichen haben.

34 Städte sind als Mittelzentren vorgesehen; im Kreis Teltow-Fläming gehören Jüterbog, Luckenwalde, Ludwigsfelde und Zossen dazu. Dann gibt es noch acht Mittelzentren in Funktionsteilung, z.B. Elsterwerda – Bad Liebenwerda. Die Mittelzentren tragen Verantwortung für die Umlandgemeinden, z.B. Luckenwalde für Nuthe-Urstromtal und Trebbin, Jüterbog für Niedergörsdorf, Niederer Fläming, Amt Dahme/M., Ludwigsfelde für Großbeeren, Blankenfelde-Mahlow, Zossen für Rangsdorf, Baruth/M. und Am Mellensee.

Die Fördermittel des Landes sollen konzentriert eingesetzt werden, also in der Metropole, den Ober- und Mittelzentren. Wo bleiben die Gemeinden? Sie müssen sich mit ihrem Mittelzentrum gutstellen, damit sie berück-

Dank gebührt Herrn Dr. Engelmann für sein couragiertes Auftreten, den ehrlichen Antworten und sein bisheriges Engagement für unsere Stadt!

Bleibt die Frage: Hätten Vertreter von EON oder RWE sich diesen Fragen gestellt?

Hartmut Ukrow, Luckenwalde

sichtigt werden. Sie haben zwar die Planungshoheit. Aber was nützt die ohne entsprechende Mittel?

Nach diesem LEP B-B (Entwurf) bleiben fast 50% der Bevölkerung des Landes Brandenburg, die fast 75% der Landesfläche bewohnen, bei der Förderung unberücksichtigt. Aber die Gemeinden sind für die „Grundversorgung“ verantwortlich.

Schon die jetzt geltenden Förderrichtlinien verkennen völlig, dass z.B. eine Gemeinde wie Nuthe-Urstromtal mit 23 Dörfern andere Bedingungen für die Einsatzbereitschaft der Feuerwehr hat als eine Stadt wie Luckenwalde. In der jetzigen Mittelverteilung zählen die Einwohner, nicht die Fläche, auf der sie leben.

Lt. Grundgesetz sollen alle Bürger vor dem Gesetz gleich sein. Der LEP B-B (Entwurf) schafft Ungleichheit. Die Gemeindevertretung von Nuthe-Urstromtal hat diesen Plan mit drei CDU-Gegenstimmen abgelehnt. An Begründungen gab es noch viel mehr als die von mir genannten. DIE LINKE hat ihr Landesentwicklungskonzept „Für ein Brandenburg der Regionen“ erarbeitet und öffentlich diskutiert (s. mehrere Ausgaben unserer Zeitung). Aber davon will die Landesregierung nichts wissen. Die Abgeordneten sind gut beraten, den nicht leicht zu lesenden Text des LEP B-B (Entwurf) gründlich zu studieren und ihn daraufhin abzuklopfen, inwiefern er den Bürgern, unseren Wählern nützt.

*Ingrid Köbke,
Gemeindevertreterin
Nuthe-Urstromtal*



**Diana
Golze
hat
das
Wort**

Eine Bundestagsabgeordnete aus unserer Region

Die Rente darf nicht zum Sozialfall werden!

Immer wieder wenden sich Bürgerinnen und Bürger mit Rentenproblemen und Fragen zum Rentenrecht an meine Wahlkreisbüros. Auch im 17. Jahr der Deutschen Einheit gibt es immer noch zahlreiche Ungerechtigkeiten bei der Rente. Insbesondere die Ungleichbehandlung von Rentnerinnen und Rentnern aus den alten und neuen Bundesländern stößt bei vielen Betroffenen aus Ostdeutschland auf Unverständnis. Sie fühlen sich als Rentner zweiter Klasse und sind erbost darüber, dass die Bundesregierung bei der Überwindung der Rentenungerechtigkeit offensichtlich auf die „biologische Lösung“ setzt.

Aber auch künftige Rentnergenerationen haben aufgrund der falschen Rentenpolitik der rot-grünen und jetzigen schwarz-roten Bundesregierung nichts Gutes zu erwarten. Das geht aus der kürzlich veröffentlichten Studie

„Altersversorgung in Deutschland“ hervor, die von der Deutschen Rentenversicherung Bund und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales in Auftrag gegeben worden ist. So ist eine große Zahl von Menschen, die heute zu Niedriglöhnen arbeiten müssen bzw. von Hartz IV betroffen sind, von Altersarmut bedroht.

Die geplante Heraufsetzung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre ist das vorerst letzte Glied in einer langen Kette sozialpolitischer Fehlentscheidungen, mit denen das Rentenniveau sukzessive abgesenkt wird.

Die wiederholten Aufforderungen aus Regierungskreisen, die gesetzliche Rente mit der privaten bzw. betrieblichen Altersvorsorge zu ergänzen, müssen insbesondere in den Ohren der Beschäftigten im Niedriglohn-Bereich zynisch klingen. Oftmals haben die Betroffenen nicht einmal genug Geld, um die laufenden Ausgaben zum Lebensunterhalt zu bestreiten, geschweige denn um privat fürs Alter Vorsorge zu treffen.

Dass das Wirken einer Oppositionspartei nicht erfolglos ist, hat der Protest gegen die geplante Zwangsverrentung von älteren Arbeitslosen gezeigt. Die Linksfraktion im Bundestag hat mit parlamentarischen Druck dazu beigetragen, dass die Bundesregierung sich inzwischen auf einen Schutz vor Zwangsverrentungen bis zum 63. Lebensjahr geeinigt hat. Da-

mit ist ein Teilerfolg errungen, denn ursprünglich sollten nach Auslaufen der so genannten 58er-Regelung ab 2008 alle Arbeitslosengeld-II-Empfänger ab Vollendung des 58. Lebensjahres zwangsverrentet werden. Dies hätte Rentenabschläge von bis zu 18 Prozent für die Betroffenen zur Folge gehabt. Und das bis an ihr Lebensende! Die jetzt von der Bundesregierung gefundene Teillösung kann für die Linksfraktion nur ein erster Schritt zur generellen Abwendung von Zwangsverrentungen sein. Auch die drohende Zwangsverrentung ab dem 63. Lebensjahr ist nicht akzeptabel!

Um Rentenungerechtigkeiten zwischen Ost und West sowie drohende Altersarmut zu verhindern, hat die Fraktion DIE LINKE. ein Rentensofortprogramm mit einem Antragspaket in den Bundestag eingebracht. Dazu gehören u.a. die Forderungen nach Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West, die Gleichbehandlung der Bergleute der Braunkohleveredlung in der DDR entsprechend dem Montanuniongesetz der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die Beseitigung von Rentennachteilen für Pflegezeiten von Angehörigen in der DDR sowie 17 Einzelanträge zur Rentenüberleitung.

Auch in der Rentenpolitik gibt es eine soziale Alternative zur derzeitigen Bundesregierung. Dafür steht DIE LINKE. im Bundestag!<

Unser Buch ist gedruckt

Es besteht schon lange der Wunsch von meiner Enkelin Ines und mir, ein gemeinsames Buch herauszugeben. Doch leider scheiterte es bisher an den leidigen Finanzen. Da kam Ines auf die Idee, im Internet nachzuforschen, und siehe da, sie wurde fündig. Das Angebot war so günstig, dass wir weder die bekannten Verluste noch Gewinn haben. Dadurch ist es aber auch in keiner Buchhandlung erhältlich. Wir sind für den Vertrieb selbst verantwortlich,

das heißt, es ist nur bei mir zu beziehen. Der Titel des Buches: „Du und Ich“. Es beinhaltet Lyrik, Kurzprosa und Erzählungen. Ines schrieb zahlreiche Gedichte, bereicherte unser Buch mit ihren Federzeichnungen und gestaltete die Umschlagsseite.

Ich wählte aus meinem reichen Schaffen Liebesgeschichten, Kurzprosa, Liebes-, Landschafts- und politische Lyrik, Glossen und die bereits bekannte Spott-Drossel aus. Wie von

mir nicht anders gewöhnt, habe ich mich immer zu politischen Ereignissen geäußert. Das Buch umfasst 280 Seiten und kostet 13 Euro, zzgl. 1,45 Euro Versandkosten.

Interessenten melden sich bitte bei mir, Zinnaer Straße 36 A oder per Telefon 03372-402345.

Ich hoffe, dass sich einige Liebhaber finden, und wünsche schon jetzt viel Spaß beim Lesen.

Lothar Schreiber, Jüterbog

Profit oder Plätze für Betreutes Wohnen

Seit Jahren ringen die Gemeindevertreter in der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow um den Bau eines Pflegeheimes mit betreutem Wohnen. Vor zwei Jahren entstand dann ein zustimmungsfähiges Projekt mit 63 Pflegeplätzen und 25 Einheiten betreutes Wohnen. Leider wurde nichts daraus. Auf der letzten Gemeindevertreterversammlung sollte erneut über ein Projekt abgestimmt werden.

Entgegen dem ursprünglichen Konzept sollen nun nach dem Willen des Investors, der gleichzeitig der Betreiber der Einrichtung ist, 86 Pflegeplätze und nur 12 Wohnungen für betreutes Wohnen entstehen. Ganz deutlich sagte der Investor in einem Vorgespräch, anders als in dieser Verteilung „rechne es sich nicht“. Diese Tatsache veranlasste die Fraktion DIE LINKE in der Gemeindevertretung folgenden Antrag zu stellen:

„Wir beantragen den Beibehalt der ehemals geplanten 25 Plätze betreutes Wohnen. Der Verkauf des Grundstückes ist an diese 25 Plätze gebunden. Der Investor ist aufzufordern, ein dem entsprechendes Konzept vorzulegen.“

Im Jahre 2006 hatten sich schon vierzig Bürger für diese 25 Einheiten betreutes Wohnen eingetragen. Und den

Bürgern gegenüber sind wir verpflichtet, meinte DIE LINKE.

Die Gemeindevertreter hatten also zwischen den Interessen des Investors und den Bedürfnissen der Großgemeinde zu entscheiden.

Und sie haben entschieden!

Dem Antrag der LINKS-Fraktion folgte das Bürgerbündnis Blankenfelde, drei parteilose Abgeordnete enthielten sich der Stimme, die „großen Volksparteien“ schmetterten den Antrag ab. Damit entschieden sie sich gegen die Interessen der Bürger, die aus verschiedenen Gründen ihre Häuser, große Wohnungen, steile Treppen, Gärten nicht mehr bewältigen können. Gern würden sie in der Gemeinde, in der sie seit Jahren leben, in entsprechenden betreuten Wohnungen bleiben.

In Gesprächen haben interessierte Bürger ihre große Enttäuschung über die Ablehnung des Antrags geäußert. In diesem Jahr entscheiden unsere Bürger bei den Kommunalwahlen erneut darüber, wer sie in der Kommune vertreten soll. Vielleicht erinnern sie sich dann, wer ihre Interessen vertreten hat.

Inge Krumpach

Basisorganisation Mahlow

Zeitraumen

Voraussichtlich finden die Kommunalwahlen im Land Brandenburg am 28. September 2008 statt.

Gewählt werden die Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen.

Aus diesem Termin ergibt sich folgendes Zeitraster:

1. Bis zum 38. Tag vor der Wahl sind die Kandidatenvorschläge bei der zuständigen Behörde einzureichen. Abschließender Termin: 20. August 2008, 12.00 Uhr.

2. Mit dem Beschluss des Kreisvorstandes vom 17. Dezember 2007 sind in den Basisgruppen bis zum 30. April 2008 die Delegiertenwahlen durchzuführen für die notwendigen Kreisvertreterkonferenzen zur Wahl der Kreistagskandidaten und der Kandidaten, in deren Wahlgebiet keine eigenständige Parteigliederung der LINKEN existiert.

Delegiertenschlüssel: Je angefangene zehn Mitglieder einer BO ein Delegierter. BO'n unter zehn Mitgliedern wählen einen Delegierten.

3. Wir empfehlen den Gliederungen der LINKEN Teltow-Fläming, die Wahlen für die Kandidaten zu den Kommunalparlamenten bis zum 15. Juli 2008 abzuschließen.

Manfred Thier,

Kreisgeschäftsführer

Weihnachtsfest – Friedensfest!?

Zur Weihnachtszeit wurde wieder viel von Frieden auf Erden gesungen, geredet und nachgedacht. Nach dem zweiten Weltkrieg mit all dem furchtbaren Erleben für alle Beteiligten war für beide Teile Deutschlands eine Aussage wichtig: „Nie wieder Krieg“.

Darüber waren sich Politiker und das deutsche Volk in West und Ost trotz allem, was trennte, in Aussagen und Einstellung einig. Doch schon zu Zeiten des kalten Krieges sollte der jeweilige Gegner auf seinem Gebiet vernichtend geschlagen werden. Beide Teile Deutschlands rüsteten mit den jeweiligen Bündnispartnern in einem wahnsinnigen Wettbewerb auf. Seit

1990 hat Deutschland ringsum nur Freunde und keine Gegner. Die Ausgaben für Rüstung und Bundeswehr könnten also bis auf ein Minimum zurückgefahren werden und Armut, besonders Kinderarmut, wäre in Deutschland unmöglich.

Doch maßgebliche Politiker haben das Kriegselend und seine Folgen verdrängt. Mit der Meinung, wir sind wieder wer, handeln sie nach dem Motto „Nie wieder Krieg ohne uns“. Die Bundeswehr wird unter verschiedenen Begründungen, die kaum einer Kontrolle standhalten, in aller Welt eingesetzt. Bisher sind damit aber keine Probleme gelöst worden, sondern nur

neue und größere entstanden. Es geht bei diesen Einsätzen nicht um mehr Menschlichkeit, sondern um Macht, Einfluss und Rohstoffe. Die große Mehrheit unseres Volkes will solche „Auslandseinsätze“ nicht.

Damit diese Politiker den Friedenswillen unseres Volkes wahrnehmen, müssen wir alle verfügbaren Möglichkeiten ausschöpfen, um diese schädliche, verhängnisvolle Entwicklung zu beenden.

Ich wünsche uns allen, mit größerer Entschiedenheit ganzjährig und überall für Frieden für alle Menschen einzutreten.

Rainer Weigt

Klein Schulzendorf

Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

aus erster Hand von Maritta Böttcher

Wir sind Europa

Lothar Bisky ist Vorsitzender der Europäischen Linken. Die Europäische Linke - das ist der auf dem 2. Kongress in Prag zum Ausdruck gebrachte Wille - will größere Anstrengungen für eine gemeinsame linke Politik in Europa unternehmen. Wir haben einen Prager Aktionsappell für Frieden, Entwicklung und menschenwürdige Arbeit verabschiedet.

Dazu gibt es politische Thesen, die eine Analyse der Situation in Europa beinhalten. Beides ergibt eine gute Grundlage für die Vorbereitung der Europawahlen 2009. Manch einem erscheint es vielleicht zu früh, aber ich glaube, es ist nicht zu früh. Denn wir werden jetzt in den einzelnen Parteien auf dieser Grundlage konkrete Positionen entwickeln. Die Europäische Linke hat sich vorgenommen, eine gemeinsame Plattform für die Europawahlen zu schaffen. Es geht ja um das Europäische Parlament. Und wir möchten gerne, dass eine starke Fraktion die Linke in Europa vertritt. Das ist ein realistisches Ziel. Die Europäische Linkspartei hat 400.000 Mitglieder. Wenn jeder ein, zwei oder drei Bekannte, die nicht in der Partei sind, gewinnt, dann hätten wir eine Zahl, über die es sich zu reden lohnt. Wir haben an alle appelliert, das doch zu tun.

Die Linke in Europa wird nur bestehen, wenn sie sich zusammenfindet und wenn sie ihre Wurzeln nicht vergisst. Ich möchte daran erinnern, dass sie ihre Wurzeln in Westeuropa hat, aber auch im Osten. Lothar Bisky fühlt sich besonders verpflichtet, dafür zu wirken, dass Linke aus Osteuropa eine Herausforderung in diesem neuen Projekt sehen. Es kommen auch aus Osteuropa Linke zur Partei der Europäischen Linken. Das muss so sein, damit es keine einseitige Europäische Union

wird. Eine gemeinsame Politik für alle europäischen Länder ist möglich.

Ob sie dann wirklich wird, das hängt auch von unseren Aktivitäten ab. Aber ich gehe da optimistisch heran, denn wir haben es geschafft, aus verschiedenen intensiven Debatten doch eine gemeinsame Basis mit den Thesen und mit dem Appell zu entwickeln. Es wurde ein neuer Vorstand mit 38 Mitgliedern gewählt. Wir haben erstmals eine stellvertretende Vorsitzende, Gasiella Grasziella Mascia von der Rifondazione Comunista, Italien.

Und wir haben als Schatzmeister Pedro Marset von der KP Spaniens gewählt. In Prag waren 258 Delegierte von 19 Mitglieds- und elf Beobachterparteien aus 21 Ländern.

Insgesamt konnten wir 505 Kongressteilnehmer zählen.

Erfolgreiche Wahlen

Ich freue mich, dass wir in der Stichwahl mit Klaus-Dieter Hartung in Hohen Neuendorf und Uwe Klett in Fredersdorf-Vogelsdorf zwei Bürgermeister gewonnen haben. Beide haben sich in der Stichwahl durchgesetzt. Damit gibt es 13 Bürgermeister der LINKEN in Brandenburg. Wir freuen uns immer, wenn wir nicht nur in der Welt erfolgreich sind, sondern auch vor Ort.

Merkels Mitte

Damit es keine Missverständnisse gibt: Wenn ich von einem Mitte-Links-Bündnis spreche, meine ich ausdrücklich nicht die CDU. Denn Merkels Mitte liegt im Ungefähren. Ihr politischer Standpunkt ist überall und nirgends. Bei der Politik der Union gibt es nur eine Konstante: Die Umverteilung von unten nach oben. Die Union will den Abbau von Arbeitnehmerrechten, den Ausbau des Überwachungsstaates, eine Leitkultur, die Migrantinnen und



Migranten ausgrenzt. Wer angesichts von 1,3 Millionen Menschen, die nicht von ihrer Arbeit leben können und deshalb mit Hartz IV ihr Einkommen aufstocken müssen, einen flächendeckenden Mindestlohn ablehnt, nimmt die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in Haftung, damit die Unternehmen weiter Lohndumping betreiben können.

Wer angesichts von 2,5 Millionen Kindern in Armut den großen Banken und Konzernen Milliarden-Geschenke macht statt das Kindergeld zu erhöhen, geht skandalös mit der Zukunft unseres Landes um.

Das hat mit Mitte nichts zu tun. Das ist neoliberal, konservativ, rechts. Merkel hat versucht, der CDU ein wenig soziale Tünche und ein moderneres Image zu verpassen. Darunter aber steckt die alte Partei der großen Banken und Konzerne und der sozialen Ausgrenzung. <



„Reicher Mann und armer Mann standen da und sahn sich an. Und der Arme sagte bleich: Wär ich nicht arm, wärst du nicht reich.“

Bertolt Brecht

Den Menschen verpflichtet

Wer jetzt durch Blankenfelde, Mahlow oder Dahlewitz fährt erkennt, dass eine neue Etappe im Kampf um die Vermeidung negativer Auswirkungen des künftigen Großflughafens Schönefeld begonnen hat.

An vielen Zäunen, Fenstern und Wänden sieht man schwarze Tafeln mit der Aufschrift

„Nachtflug NEIN!“.

Weshalb?

In Vorbereitung des Planfeststellungsverfahrens haben die Gutachter der Flughafen GmbH Dokumente erarbeitet, die die betriebswirtschaftliche Notwendigkeit begründen, eine erhebliche Anzahl von Flügen in den durch das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts geschützten Randzeiten durchzuführen.

Eine Provokation?

Nein, der verzweifelte Versuch, den falschen Standort des Flughafens in der Mitte von dicht besiedelten Gebieten zu Lasten der Bevölkerung rentabel zu gestalten. Also wieder mal eine große Herausforderung für die Menschen in unserer Region. Wir als LINKE haben uns die Sorgen und Ängste der Menschen zu eigen gemacht und stehen mit an vorderster Front bei der Erreichung vieler schriftlicher Einwendungen gegen die Gutachten und der

Unterschriftsleistung unter den offenen Protestbrief der Bürgermeister der betroffenen Gemeinden an den Ministerpräsidenten. Tausende Einwohner wurden dabei mobilisiert. Allein ca. 300 Bürgerinnen und Bürger, unter ihnen viele Linke, sind mit den Bürgermeistern nach Potsdam gefahren und haben vom Ministerpräsidenten gefordert, Einfluss zum Schutze der Bevölkerung zu nehmen. Der janusköpfige Ministerpräsident, der sich so oft als volksnah gibt, fühlte sich provoziert, reagierte barsch und lehnte eine Einflussnahme auf das Planfeststellungsverfahren strikt ab. Begründung: Es sei ihm als Politiker nicht möglich einzugreifen. Dass es ihm als Mitglied des Aufsichtsrates der Flughafen GmbH aber selbstverständlich ist, alles für die Rentabilität dieses Unternehmens zu tun und das Urteil von Leipzig zu unterlaufen, kennzeichnet die gespaltene Persönlichkeit in diesen Fragen. Die Reaktion der versammelten Teilnehmer musste er dann auch ertragen: Pfiffe und Buh-Rufe. Von der Landtagsfraktion der LINKEN haben wir in diesen Fragen Unterstützung erhofft. Natürlich kann sie nicht auf das Planfeststellungsverfahren direkt einwirken.

Warum?

Jessica, verhungert. Tim, zwei Jahre, totgeprügelt. Kevin, 26 Knochenbrüche, neun Babyleichen in Brieskow-Finkenherd, in Blumenkästen verscharrt, Jonas, acht Jahre und Justin neun Jahre, von der Mutter erstickt.

Ich erspare mir weitere Aufzählungen. Zwei Kinder pro Woche sterben durch Vernachlässigung und Gewalt. Die neueste Meldung: Ein Jugendamtsleiter in Halle hat veranlasst, dass 314 Heimkinder in ihre Problemfamilien zurückgeführt werden sollen. Sparzwänge und Geldmangel haben zu dieser Entscheidung geführt. In letzter Minute konnte das abgewendet werden.

Und immer die Frage: Warum?

Ist diese Frage wirklich so schwer zu beantworten?

Dass Kinder unsere Zukunft sind wird von allen Seiten immer und immer wieder betont. Die Praxis aber spricht eine andere Sprache.

Jugend- und Gesundheitsämter sind nach wie vor gesetzlich nicht verpflichtet, Daten von Problemfällen auszutauschen. Pflichtuntersuchungen sind gesetzlich nicht geregelt. Datenschutz geht immer noch vor Kinderschutz. In vielen Bundesländern sind die Mitarbeiter der Jugendämter hoffnungslos überfordert, bis zu 150 Fälle pro Mitarbeiter. Frühwarnsysteme, lange dis-

Erwartet haben wir aber, die Regierung im Parlament unter Druck zu setzen. Genossin A. Tack hatten wir darum gebeten und uns auch an die Landtagsfraktion schriftlich gewandt.

Die Basisgruppen und ihr Sprecherat werden durch eine qualifizierte Öffentlichkeitsarbeit und andere geeignete Maßnahmen ihren Einfluss weiter vergrößern.

Bei den kommenden Wahlen zur Bildung der Gemeindevertretung wollen wir erreichen, dass sich unsere Fraktion weiter verstärkt und noch wirksamer wird. Ein Schwerpunkt dabei ist die weitere Arbeit am vorliegenden Entwurf zum „Leitbild der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow“ und die Erarbeitung eines Wahlprogramms, mit dem sich große Teile der Bürgerinnen und Bürger identifizieren können.

Im ersten Halbjahr 2008 werden wir zwei Themen in den Mittelpunkt der Öffentlichkeitsarbeit stellen:

1. Wir fordern Löhne, von denen man leben kann. Deshalb Mindestlöhne!
2. 18 Jahre Warten ist genug, jetzt sofort mit der Rentenanpassung beginnen. Keine Altersarmut zulassen!

So wollen wir unsere Arbeit als Partei der „Kümmerer“ fortsetzen.

*Klaus-Joachim Heise,
Blankenfelde*

kutiert, funktionieren selten. Und nicht zuletzt: Wer will schon einen Spielplatz vor seinem Haus?

Kinder sind inzwischen zu einem Störfaktor in unserer Gesellschaft geworden, die auch noch Geld kosten.

Wenn Kinder wirklich unsere Zukunft sein sollen, dann muss endlich ein Ruck durch unsere Gesellschaft gehen. Alle müssen sich in der Verantwortung sehen. Besonders die Politiker sollten endlich aufwachen.

Gut funktionierende Modellprojekte werden reichlich angepriesen. Warum geht es nicht endlich los?

*Marianne Richter,
Luckenwalde*

Ein „verrissenes Buch“

In jedem Jahr wird der Deutsche Buchpreis für den besten Roman des Jahres vergeben. 2007 erhielt diese Auszeichnung Julia Franck (geb. 1970) für ihren Roman „Die Mittagsfrau“.

In der MAZ wurde das Buch verrissen. Glaubte man der Rezension, gäbe es kein schlechteres Buch. Nun hat mich die Erfahrung gelehrt, den Einschätzungen der MAZ-Kulturredaktion zutiefst zu misstrauen. Also für mich ein hinreichender Grund, diesen 430 Seiten umfassenden Roman zu lesen. Kein leichtes Unterfangen, das mich auch Mühe gekostet hat.

Im Mittelpunkt steht Helene, eine starke Frau, die nicht dazu kommt, ihre Stärke auszuspielen. Julia Franck verfolgt sie durch die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts. Aus dem beschaulichen Bautzen kommt Helene ins turbulente

Berlin der 20er Jahre. Sie erlebt, verknüpft mit dem eigenen Schicksal, den Aufstieg der Nazis und wie diese schließlich alles in den Abgrund treiben.

Am Beginn des Romans steht ein ungeheurer Vorgang: Helene lässt ihren siebenjährigen Sohn allein auf einem Bahnhof zurück. Sie kommt nicht wieder, macht sich einfach davon. In dem Helene ihren Sohn aussetzt, wird die natürliche Bindung zweier Menschen, die zwischen Mutter und Kind, vorsätzlich aufgekündigt. Im Weiteren wird Helenes Leben geschildert, wie sie durch persönliche Lebensumstände und gesellschaftliche Gegebenheiten – ihre Mutter ist Jüdin – allmählich innerlich abstirbt. Die Unmöglichkeit für sie, zu studieren und Ärztin zu werden, die demütigende Ehe mit einem



ungeliebten Mann treiben sie in eine emotionale Einsamkeit, die sie verstummen, geradezu absterben lässt. Das Schweigen als Überlebensstrategie, diese Maßnahme teilt sie mit vielen Frauen ihrer Generation.

Alles ist für das Kind besser, als der Gefährte solch einer Mutter zu sein??? Nichts wird verurteilt, nichts beschönigt.

Ich las das Buch mit Interesse, mehr wollte sich nicht einstellen.

Renate Klettke

Kinderweihnachtsfeier im MehrGenerationenHaus



Kornelia Wehlan und der Weihnachtsmann

Am 5. Dezember fand die traditionelle Kinderweihnachtsfeier für die Bewohner des Asylbewerberheims statt. Seit nunmehr 15 Jahren wird diese Veranstaltung organisiert. Viele Familien konnten in den letzten Jahren in eigene Wohnungen umziehen, so dass sich die Zahl der Kinder im Asylbewerberheim von Jahr zu Jahr ver-

ringerte. Die veränderte Situation veranlasste die Verantwortlichen dieses Jahr dazu, die Weihnachtsfeier an einem zentralen Ort stattfinden zu lassen. In den Räumlichkeiten des MehrGenerationenHauses, die uns für unsere Feier zur Verfügung gestellt wurden, fanden sich dann am Nachmittag ca. 30 Kinder mit ihren Eltern ein. Der weihnachtlich dekorierte Raum sorgte für eine feierliche Stimmung, und die Kinder konnten die Ankunft des Weihnachtsmannes kaum erwarten. Nach einigen lautstarken Rufen erschien dann die geheimnisvolle Gestalt, und die lauten Rufe verhallten; doch die Angst der Kinder ver-

schwand schnell, als sie die vielen Geschenke sahen, die der Weihnachtsmann mitgebracht hatte. Nachdem die Geschenke verteilt waren, sangen die Kinder noch ein Lied für den Weihnachtsmann, der sich dann leider verabschieden musste.

Für musikalische Begleitung sorgte auch dieses Jahr Dr. Heidemarie Migulla, Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung.

Bei Kaffee und Kuchen verlebten die Eltern einen weihnachtlichen Nachmittag, und die Kinder bestaunten ihre Geschenke.

So wurde auch in diesem Jahr diese schöne und zugleich wichtige Tradition gepflegt und vielleicht ein kleiner Beitrag zu mehr Integration, Verständnis und Toleranz gegenüber anderen Kulturen geleistet.

Wir danken allen Helferinnen und Helfern, die uns auch dieses Jahr mit Kuchen, Plätzchen und Geschenken tatkräftig zur Seite gestanden haben.

Kreisverband Teltow-Fläming

Ein Stück aus dem Tollhaus

Nachdem A. Engels in der MAZ völlig korrekt wiedergegeben hat, was im Stadtparlament Jüterbog wirklich stattgefunden hat, treibt diese Sache jetzt Blüten. Zur Erinnerung:

Die Fraktion der PDS hat bereits im Jahr 2000 einen Antrag zur Einführung eines Sozial- und Familienpasses beantragt. Alle anderen Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung lehnten diesen ab.

Von unbezahlbarer sozialistischer Spinnerei bis zu Beleidigungen Betroffener reichten die „Argumente“ der Ablehnung.

Der damals jüngsten Abgeordneten in der Stadtverordnetenversammlung wurde zudem reichlich der Elan für die Ausübung ernsthafter Kommunalpolitik genommen. Seitdem haben wir im Kreis und in den Städten, so auch in Jüterbog, nicht aufgehört, uns für sozial Schwache einzusetzen. Die Vorsitzenden des Sozialausschusses Heidrun Bode und jetzt Annemarie Vlk (beide DIE LINKE) haben unaufhörlich gegen viel Widerstand versucht, die Argumente gegeneinander abzuwägen. Nun endlich haben auch die einstigen vehementen Gegner ein Einsehen, dass der Lebensstandard für viele Familien ständig sinkt, dass die Armut keine Seltenheit mehr ist und dass sie vor allem Kinder in ihrer Entwicklung hemmt.

Insofern war es folgerichtig, dass die Verwaltung einen Vorschlag vorgelegt hat, der im Sozialausschuss und im Hauptausschuss einstimmig angenommen wurde. Es ist für uns auch unerheblich, dass die einstigen Ablehner jetzt Einreicher waren.

Für uns ist einzig wichtig, dass dieser Pass endlich kommt.

Wie eine Karte aus dem Ärmel zog der Bürgermeister plötzlich einen Vorschlag bei diesem Tagesordnungspunkt, der für einen kurzen Moment sprachlos machte: Kostenloses Mittagessen für alle (ca. 950) Kinder! Es war wiederum sein schlechter Stil, selbst



Glückwünsche

Emilia Pommerenke in Luckenwalde zum 77. Geburtstag am 14.01.
 Gerda Gebert in Güterfelde zum 88. Geburtstag am 17.01.
 Rosa Rüllicke in Blönsdorf zum 83. Geburtstag am 18.01.
 Irene Eckleben in Rangsdorf zum 74. Geburtstag am 19.01.
 Ewald Heuer in Mahlow zum 74. Geburtstag am 21.01.
 Werner Gohlke in Luckenwalde zum 82. Geburtstag am 24.01.
 Prof. Dr. Werner Kohl in Ludwigsfelde zum 79. Geburtstag am 26.01.
 Brigitte Simon in Nächst Neuendorf zum 78. Geburtstag am 26.01.
 Lotti Lehmann in Ludwigsfelde zum 92. Geburtstag am 01.02.
 Fritz Lehmann in Markendorf zum 78. Geburtstag am 01.02.
 Helga Stüber in Luckenwalde zum 72. Geburtstag am 01.02.
 Lothar Schreiber in Jüterbog zum 74. Geburtstag am 02.02.
 Gerhard Schlag in Sperenberg zum 72. Geburtstag am 02.02.
 Paula Schreiber in Ludwigsfelde zum 88. Geburtstag am 07.02.
 Siegfried Günther in Blankenfelde zum 73. Geburtstag am 08.02.
 Christa Hevler in Niedergörsdorf zum 71. Geburtstag am 09.02.

Herzliche Glückwünsche

*senden die Basisorganisationen und
 Vorstände den Jubilaren, die einen runden Geburtstag begehen:*

Karl Späth in Luckenwalde zum **70.** Geburtstag am 31.01.

Brigitte Paul in Luckenwalde zum **65.** Geburtstag am 07.02.

mit der Verwaltung vorher solche Idee nicht abzustimmen.

Bernd Rüdiger hat zwar den Vorschlag für die Koalition aus FDP, CDU und Bauernverband gemacht, aber er ist auch Verwaltungschef. Ich bin gespannt, wie hier die Koalition mit der Verwaltung zurück rudert. Falsche Hoffnungen wurden auf jeden Fall geweckt durch die Falschmeldung von der CDU. Der Vorsitzende der SVV, Peter Anders (DIE LINKE), hat das auf Nachfrage ja auch gleich richtig gestellt. Herr Eichelbaum kann man hier schon gar nicht ernst nehmen, er hat zu keiner Zeit in der Stadtverordnetenversammlung oder in einem der Ausschüsse mitdiskutiert. Nur über Medien zu agieren und im Parlament zu schweigen ist sein schlechter Stil. Übrigens auch, im Interview mit ihm nicht nochmals nachzufragen. Die Presse sitzt ständig mit am Tisch und hätte wissen müssen, dass meine Frak-

tion seit Jahren, in Luckenwalde und anderswo schon lange erfolgreich, um die Einführung eines solchen Passes kämpft.

Nun bin ich zuversichtlich, dass sich die große Mehrheit den einstimmigen Beschlüssen des Sozialausschusses und des Hauptausschusses anschließt und am 19. Dezember 2007 für die Einführung des Sozial- und Familienpasses für Hartz IV – Empfänger und Geringverdiener mit ergänzender Sozialhilfe ausspricht und dieser am 1. März 2008 eingeführt wird. Das wäre ein notwendiger und richtiger erster Schritt.

*Maritta Böttcher,
 Fraktionsvorsitzende Jüterbog*



Termine

07.01.08 17.00 Uhr
Beratung des Sprecherrates
Blankenfelde/ Mahlow
in der Alten Aula

10.01.08 ab 14.30 Uhr
- Seniorenkommission
- Roter Stammtisch
- Regionalvorstand
Geschäftsstelle Jüterbog

16.01.08 10.00 Uhr
AG Senioren
Bürgerbüro Ludwigsfelde

16.01.08 15.00 Uhr
Redaktionssitzung
Geschäftsstelle Luckenwalde

25.01.08 16.00 Uhr
Klausur der Kreistagsfraktion
Luckenwalde

28.01.08 19.00 Uhr
Kreisvorstandssitzung
Geschäftsstelle Luckenwalde

02.02.08 09.00 Uhr
Mitgliederversammlung
Regionalverband TF Süd



**Kommunalwahlen
2008**

IMPRESSUM

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming

V.i.S.d.P.: Petra Haase

Geschäftsstellen:

14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36 Tel.: 0 33 71/63 22 67 Fax: 63 69 36

Internet: www.dielinke-teltow-flaeming.de

E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de

14913 Jüterbog, Große Str. 62 Tel.: 0 33 72/43 26 91 Fax: 44 30 33

E-Mail: dielinke.jueterbog@t-online.de

14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur - Str. 17 Tel.: 0 33 78/51 06 53 o. 51 06 54

E-Mail: ludwigsfelde@dielinke-brandenburg.de

Spendenkonto: 363 302 7415 BLZ: 160 500 00 bei der Mittelbrandenb. Sparkasse

Redaktionsschluss: 12. Dezember 2007, der nächsten Ausgabe: 16. Januar 2008

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Zum Wohle
des Volkes ?

Eine kleine Auswahl politischer Absurditäten, die unsere Obrigkeiten in den letzten Wochen fabriziert haben:

- Ob das Modell „Gemeindeschwester“ auch zukünftig bestehen bleibt bzw. erweitert wird, ist noch ungewiss.
- Angela Merkel vor Arbeitgebern: „Es muss ganz deutlich sein, es geht hier nicht um gesetzliche Obergrenzen für Managergehälter.“
- Forstreform im Land Brandenburg: Personalreduzierung um 1000 auf 1500 Stellen im Jahr 2015, das Auslaufen der Zuschüsse für die Bewirtschaftung des Landeswaldes bis 2014.
- Wenn Sozialhilfeempfänger ein kostenloses Mittagessen erhalten, so kann das als Einkommen gewertet und ihnen vom Sozialhilfebetrag abgezogen werden.

- Weltweit können immer noch 93 Millionen Mädchen und Jungen keine Schule besuchen.

- Das Bundeskriminalamt (BKA) fordert laut „Spiegel“ in einem vertraulichen Bericht zur Terrorabwehr jetzt auch die Videoüberwachung von Wohnungen.

- „Was wir im Moment an Klimaschutz haben, ist nichts als heiße Luft“, sagt die Politikerin der Grünen, Katrin Göring-Eckhardt.

- Angela Merkel: „Der Aufschwung ist voll angekommen.“

„Nie wieder Sozialismus!“

„Wir sind die Mitte – und nur wir.“

- Kindern von Hartz-IV-Betroffenen wird nur alle zwei Jahre eine Klassenfahrt finanziert.

Fortsetzung folgt! Leider.

Christa Zernick, Am Mellensee

Forum im Kreishaus

Am 13. Februar 2008 findet im Kreishaus Luckenwalde ein Forum mit Wolfgang Neskovic, Bundestagsabgeordneter der LINKEN, statt. Das Thema „Der Sozialstaat als Sozialfall“ wird Inhalt von Vortrag und Diskussion sein.

Gleichzeitig ist diese Veranstaltung zur Qualifizierung der Kandidaten zur Kommunalwahl gedacht.<

Liebknecht - Luxemburg

Am 13. Januar 2008 um 10.00 Uhr findet die alljährliche Demonstration zu Ehren von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Berlin-Friedrichsfelde statt. Informationen im Internet unter: www.ll-demo.de

Landesparteitag

Am 26. und 27. Januar 2008, ab 10.00 Uhr, findet die erste Tagung des 1. Landesparteitages der Partei DIE LINKE des Landes Brandenburg in Blossin statt.<

Unsere Zeitung ist in der Bundesarbeitsgemeinschaft für linke Medienmacher „rote reporter“ vertreten.

